



Umweltministerium leitet Schreiben zum Themenkomplex AKW Grohnde an Staatsanwaltschaft Hannover weiter

Das Niedersächsische Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz hat ein heute (Donnerstag) eingegangenes Schreiben zum Themenkomplex AKW Grohnde mit folgendem Wortlaut an die Staatsanwaltschaft Hannover übersandt:

„Anrede, anliegenden Vorgang übersende ich mit der Bitte um Übernahme. [Der Übersender des Schreibens] schildert einen Vorgang, der den Verdacht einer Straftat gemäß § 312 StGB nahelegt. Zu Ihrer Information teile ich mit, dass das Kernkraftwerk Grohnde seine zweimonatige Revision gerade abgeschlossen hat und zum Wochenende wieder ans Netz gehen will. Ich werde meine Zustimmung zum Wiederaufstart jetzt zurückstellen, bis ich mich unter Berücksichtigung Ihrer Ermittlungsergebnisse überzeugt habe, dass Sicherheitsbedenken nicht bestehen.“